

(Neu) Festgesetzte Ausschlussmechanismen?

Eine Bilanz bestehender Machtdispositive in den lateinamerikanischen Andenstaaten.

(Nuevos) mecanismos de exclusión? Una balanza de dispositivos de poder en los Estados andinos latinoamericanos

Koordination: *Marie Jasser, Isabella Radhuber;*

In den letzten Jahrzehnten haben bisher ausgeschlossene Gruppen bestehende Machtbeziehungen, die sich staatlich und extrastaatlich unterschiedlich festgesetzt hatten, angefochten. In den lateinamerikanischen Andenstaaten haben eine Vielfalt an Akteuren seit der neoliberalen Periode politische, juristische, ökonomische und kulturelle Veränderungen angestoßen. Eine prominente Rolle nahmen dabei indigene Gruppen ein, die zudem intersektionale Ausschlußmechanismen berücksichtigten, d.h. die Art und Weise wie verschiedene und überlappende Zuschreibungen (bspw. indigen, Frauen, arm etc.) diese Mechanismen verstärken. Im Kontext dieser postkolonialen Gesellschaften adressierten sie Machtbeziehungen, die sich historisch über Recht, (kulturelle) Repräsentation, Ressourcenverteilung generell –und Finanzen sowie natürliche Ressourcen betreffende Politik im Besonderen– festgeschrieben haben. Sie wendeten sich gegen Ausschlussmechanismen, und setzten sich für eine weitere Demokratisierung im Sinne von mehr Mit- und Selbstbestimmung ein, wobei ihre Anliegen in vielen Fällen als Teil eines breiter gedachten staatlichen Transformationsprozesses – beispielsweise im Zusammenhang progressiver Regierungen bzw. eines neuen Konstitutionalismus – gedacht wurden. Dabei wurden Durchbrüche erzielt, und unmittelbar danach auch undurchdringbare Grenzen angetroffen, die darüber Aufschluss geben inwieweit Exklusionsmechanismen aufgelöst oder (neu) festgesetzt wurden; dies bietet eine Möglichkeit, eine zeitgenössische Bilanz bestehender postkolonialer Machtdispositive in den lateinamerikanischen Andenstaaten zu ziehen.

Das Panel widmet sich den folgenden Fragen:

-Welche Gruppen waren seit den 1990er Jahren durch bestehende Machtbeziehungen und –dispositive benachteiligt? Wie und über welche Zuschreibungen haben sich diese Ausschlussmechanismen festgesetzt?

-Inwiefern haben diese Gruppen spezifische Beziehungen und Dispositive angefochten? Welche Erfolge konnten sie verzeichnen, welche Widerstände und Grenzen haben sie angetroffen?

-Über welche rechtlichen, kulturellen, politischen und ökonomischen Dispositive haben sich diese Machtbeziehungen festgeschrieben? Welche Aspekte eines gegenwärtigen postkolonialen Machtdispositivs enthüllen sie?

-Welche politischen Vorschläge für eine Veränderung dieser Beziehungen haben sie eingebracht? Welche Strategien wurden angewandt? Inwiefern haben sie sich innerhalb eines breiter gefassten (mitunter staatlichen) Transformationsprozesses verortet?

Marie T. Jasser forscht zu sozialen Bewegungen in Bolivien. Sie studierte International and Cultural Business Studies in Passau und Santa Cruz de la Sierra. Derzeit ist sie Studentin der Politikwissenschaften und Internationalen Entwicklung an der Universität Wien. E-Mail: marie.jasser@univie.ac.at

Isabella M. Radhuber forscht zu Demokratie und Ressourcenpolitik in Lateinamerika und Europa. Derzeit ist sie Marie S. Curie Postdoc-Stipendiatin des österreichischen Wissenschaftsfonds. Für mehr Details siehe <https://politikwissenschaft.univie.ac.at/ueber-uns/mitarbeiterinnen/radhuber/> E-Mail: isabella.radhuber@univie.ac.at

Programm:

Panel 1:

Ulrich Brand: Neo-Extraktivismus als verfestigtes Machtdispositiv in Lateinamerika und aktuelle Ansätze zu seiner Überwindung

Isabella Radhuber: Umkämpfte postkoloniale Staaten: plurale Souveränitätsrechte ausgebremst durch Andinen Ressourcenextraktivismus

Anna Preiser: Fortschritte und (neue) Ausschlüsse durch die Consulta Previa in Peru

Marie Lager: Widerstandsszenarien – Zwischen Anpassung und der Hervorhebung von Andersartigkeit

Panel 2:

René Kuppe: Strategische gerichtliche Prozessführung (*Litigio estratégico*) als Mechanismus zum Aufbrechen und zur Überwindung von verfestigten Machtpositiven?

Tamara Artacker: Der Entwicklungsapparat als Machtdispositiv in Ecuador – Aspekte aus dem Agrarsektor.

Sandra Schett: Quererser algo más – Haushaltsarbeiterinnen in Peru

Marie Jasser: „El patriarcado palpable“ – Spannungen und Kohäsion zwischen Staat und feministischen Bewegungen in Bolivien

Abstracts:

Neo-Extraktivismus als verfestigtes Machtdispositiv in Lateinamerika und aktuelle Ansätze zu seiner Überwindung

Ulrich Brand

Die Diskussion um die neo-extraktivistischen Entwicklungsmodelle in Lateinamerika wird seit gut 10 Jahren intensiv geführt und hat durch die Wirtschaftskrise ab 2014 neue Facetten erhalten. Ich werde zentrale Elemente des Begriffs „Neo-Extraktivismus“ präsentieren und auf einige wichtige Kritiken eingehen. Dabei werden insbesondere die Macht- und Herrschaftsdimensionen und der Dispositiv-Begriff im Sinne Foucaults aus einer postkolonialen Perspektive fokussiert und kritisch diskutiert.

Im zweiten Teil wird die jüngste Debatte um Gutes Leben (Buen Vivir) und der noch recht junge Begriff des „Neo-Extraktivismus“ skizziert – wiederum aus der besonderen Perspektive, was macht- und herrschaftsanalytisch interessant ist. Es wird argumentiert, dass auch plurale alternative Ansätze Gefahr laufen, Ausschlüsse zu produzieren, die jeweils reflektiert werden müssen.

Der Beitrag setzt sich damit insbesondere mit den beiden im Call for Papers formulierten Fragen auseinander.

Über welche rechtlichen, kulturellen, politischen und ökonomischen Dispositive haben sich diese Machtbeziehungen festgeschrieben? Welche Aspekte eines gegenwärtigen postkolonialen Machtdispositivs enthüllen sie?

- Welche politischen Vorschläge und Strategien für eine Veränderung dieser Beziehungen haben sie eingebracht? Inwiefern haben sie sich innerhalb eines breiter gefassten (mitunter staatlichen) Transformationsprozesses verortet?

Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und Leiter der Forschungsgruppe Lateinamerika. Ko-Autor des kürzlich mit Alberto Acosta publizierten Buches: Radikale Alternativen. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann. München: oekom 2018. ulrich.brand@univie.ac.at

Umkämpfte postkoloniale Staaten: plurale Souveränitätsrechte ausgebremst durch Andinen Ressourcenextraktivismus

Isabella Radhuber

In Bolivien und Ecuador haben es indigene Organisationen geschafft, die inklusiv gedachten plurinationalen Staaten und pluralen Wirtschaftsmodellen in den Verfassungen von 2008 und 2009 einzuschreiben. In der Praxis hingegen sichern postkoloniale Staaten lediglich ein wirtschaftliches Muster, nämlich den Ressourcenextraktivismus. Die wissenschaftliche Literatur gibt inzwischen Aufschluss darüber, wie dieses Modell des Abbaus und Exports von unverarbeiteten Rohstoffen angefochten wird, da es indigenen Gruppen ihre Territorien und Lebensgrundlagen entzieht. Die Auseinandersetzungen über Souveränitätsrechte und was das über postkoloniale Staaten aussagt, wurde bisher allerdings wesentlich weniger beachtet.

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die dekolonialen Vorschläge indigener Organisationen in Bolivien und Ecuador, verschiedenen Gruppen Souveränitätsrechte zu verleihen. Auf Beiträgen zu postkolonialen Siedlerstaaten sowie auf relationaler Staatstheorie aufbauend, werden die Konzepte der dekolonialen Souveränität sowie der Staatsselektivität und der relativen Autonomie des Staates herangezogen. Damit soll die relative Offenheit des Staates gegenüber unterschiedlichen Gruppen besser verständlich werden. In beiden Ländern haben indigene Gruppen den Staat angefochten, da dieser als Zwischeninstanz zu extraktiven Projekten, die die eigene Lebensgrundlage gefährden, angesehen wird. Forderungen zu Souveränität haben in den Strategien indigener Organisationen eine Schlüsselrolle gespielt, obgleich wirtschaftspolitische Veränderungen gegenläufige Tendenzen enthüllen. Wenn auch im Rahmen des Neo-Extraktivismus mit mehr staatlicher Verteilungspolitik verbunden, so herrschen immer noch ressourcenextraktivistische Muster vor.

Indigene Organisationen sind für plurale Souveränitätsrechte eingetreten, denen in den jeweiligen Verfassungen allerdings durch stark zentralisierte Entscheidungsstrukturen hinsichtlich strategischer Ressourcen entgegengewirkt wurde. Während die politische Souveränität verfassungsrechtlich in den Händen aller Menschen liegt, wurde die wirtschaftliche –alle strategischen Ressourcen betreffende– Souveränität der Kontrolle der Menschen beider Staaten entzogen. Der Beitrag zeigt, dass postkoloniale Machtbeziehungen durch die verfassungsrechtliche Teilung in politische und wirtschaftliche Souveränität funktionieren, und dass der postkoloniale Staat grundlegend auf der Einteilung in eine politische und eine wirtschaftliche Sphäre gründet.

Isabella Radhuber forscht zu Demokratie und Ressourcenpolitik in Lateinamerika und Europa. Derzeit ist sie Marie S. Curie Postdoc-Stipendiatin des österreichischen Wissenschaftsfonds. Für mehr Details siehe <https://politikwissenschaft.univie.ac.at/ueber-uns/mitarbeiterinnen/radhuber/isabella.radhuber@univie.ac.at>

Fortschritte und (neue) Ausschlüsse durch die Consulta Previa in Peru

Anna Preiser

Die über Wochen anhaltenden Proteste und Straßenblockaden in Bagua, im peruanischen Amazonas, an denen tausende Personen beteiligt waren, wurden von indigenen Organisationen angeführt. Auslöser war die Einführung neuer Gesetze, die es ausländischen Unternehmen ermöglichen sollten, im Amazonas weitere Gebiete zu Ölförderung zu erschließen. Der lokalen indigenen Bevölkerung, die die direkten negativen Konsequenzen durch derartige Projekte trägt, kam bei Entscheidungen über Einzugsgebiete kein Mitspracherecht zu. Dies steht jedoch entgegen der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation, die das Recht auf vorherige Konsultation fordert, sollten „gesetzgeberische oder administrative Maßnahmen [die betreffenden Völker] unmittelbar berühren“. Die Konvention wurde in Peru bereits 1994 ratifiziert, respektiert wurde sie allerdings lange Zeit nicht. Erst nach Mobilisierungen indigener Organisationen, laut werdenden Forderungen sowie den gewaltvoll endenden Protesten in Bagua wurde die Konvention schließlich in nationales Recht übersetzt und 2011 das Gesetz „del Derecho a la Consulta Previa a los Pueblos Indigenas u Originarios“ verabschiedet.

Dass seit 2011 nun über 20 Konsultationen, die unter anderem Erdöl-, Bergbau- und Infrastrukturprojekte betrafen, stattfanden, stellt einen großen Fortschritt und ein wichtiges Zugeständnis an indigene Gemeinschaften dar, ihren Interessen Ausdruck zu verleihen. Ziel ist es, zu Übereinkünften zwischen der Regierung und indigenen Gemeinschaften zu kommen. Perus Ex-Präsident Ollanta Humala, unter dem das Gesetz erlassen wurde, sieht darin die Möglichkeit, Konflikte zu verhindern und daher ausländischen Investitionen und wirtschaftlichem Wachstum zuträglich.

Die Konsultationsprozesse weisen jedoch Grenzen auf und sind von Machtstrukturen durchzogen. Von einem gleichberechtigten Mitspracherecht kann man nicht ausgehen. Im Rahmen des Vortrags soll aufgezeigt werden, welche Akteur*innen und Faktoren die Umsetzung des Gesetzes der Consulta Previa in Peru beeinflussten und welche Fortschritte und Entwicklungen es in diesem Bereich gab. In einem zweiten Teil wird anhand von ausgewählten Konsultationsprozessen darauf eingegangen, welche Entscheidungsmechanismen und tradierte Machtbeziehungen vorherrschen sowie welche Herausforderung und (neue) Ausschlüsse weiterhin bestehen.

Anna Preiser forscht zu Ressourcenpolitik und Bergbau in Peru. Sie studierte Internationalen Entwicklung an der Universität Wien. annapreiser@hotmail.com:

Widerstandsszenarien – Zwischen Anpassung und der Hervorhebung von Andersartigkeit

Marie-Therese Lager

Seit den 1990er-Jahren erfährt Ecuador eine Transformation von einer homogenen weiß-mestizischen Identität hin zu einem multikulturellen und plurinationalen Staatsbild. Als Ursache für diese Veränderungen können die indigenen Bewegungen der 90er-Jahre betrachtet werden, welche ab diesem Zeitpunkt erstmalig lautstark Rechte einforderten und ihre Stimmen auf politischer und öffentlicher Ebene erhoben.

Mit der 2008 einsetzenden „revolucion ciudadana“ und der politischen Bewegung des „socialismo del siglo 21“ wurden den ethnischen Gruppen im Rahmen der Verfassung Rechte zugestanden, die ihr kulturelles Eigentum und ihre Kosmovisionen berücksichtigten. Die Verfassungsänderung entwickelte sich zu einer essenziellen Grundlage für Widerstandsbewegungen und ihre Argumentationen in Bezug auf Landrechte sowie Landnutzung.

Aus Landenteignungen, einem Produkt neokolonialer hierarchisch aufgebauter Machtstrukturen, die sich zwischen der lokalen indigenen Bevölkerung, den Vertretern der Staatsmacht und privaten Investoren einstellten, erwuchs eine ganz eigene Dynamik. Ausgehend von der ungleichen Machtverteilung, welche durch Rasse, Klasse und Ethnizität legitimiert wird, entstehen auf lokaler Ebene vermehrt Bewegungen mit dem Ziel, die ethnische Identität wiederaufleben zu lassen und sichtbar zu machen, um die konstitutionell zugesicherten Rechte einzufordern.

Um allerdings innerhalb der neu ausgebildeten Identität eines pluralen Staates als ethnische Gruppierung Gehör und Anerkennung zu finden, müssen materielle Kultursymbole nach außen getragen und veranschaulicht werden, damit dem auf eurozentrischer Sicht basierenden konstruierten Bild des „Anderen“ entsprochen werden kann. Was passiert jedoch, wenn es ethnischen Gruppierungen an zentralen Merkmalen mangelt, da es im Verlauf der Kolonialzeit zu massiven Adaptationsprozessen gekommen ist? Könnten diese Anpassungsprozesse auch als Form des Widerstands gesehen werden, um die eigenen Territorien zu verteidigen? Welche Argumente zum Thema Landrechte können sich gegenüber staatlichen und privaten Institutionen als schlagkräftig und hilfreich erweisen?

Der Vortrag möchte ein konkretes Fallbeispiel, nämlich das der ethnischen Kommunen an der Pazifikküste Ecuadors aufgreifen. Beleuchtet werden soll die unbefriedigende Landaufteilung, mit der diese sich konfrontiert sehen. Diese ist das Resultat von Eigeninteressen und den Zielsetzungen staatlicher Politik. Thematisiert werden sollen zudem die Widerstandsprozesse, die sich als Antwort darauf formiert haben und immer noch formieren. Kritisch untersucht wird auch der Diskurs innerhalb neokolonialer hierarchisch aufgebauter Strukturen, der sich auf das konstruierte Bild indigener und ethnischer Gruppierungen stützt, welche sich durch bestimmte Merkmale auszeichnen und sich so von der weiß-mestizischen Bevölkerung abheben sollen.

Marie-Therese Lager, Anthropologin & Dozentin. Schloss 2011 ihren Bachelor für Anthropologie an der Universität Wien ab und begann 2012 ihr Masterstudium an der Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO) in Quito. Sie lebt seit sechs Jahren in Ecuador und arbeitet als Dozentin an der Universidad de las Artes in Guayaquil. Aktuell absolviert sie ihr Doktoratsstudium für Anthropologie an der Universidad Autónoma de Barcelona. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Etnicidad y ancestralidad, inter- y multiculturalidad, sistemas comunitarias y derechos comunales, territorialidad, políticas públicas y globalización. Publikationen: (2016): „Montanita“. Una comuna entre territorio, etnicidad y turismo. Abya Yala. Quito, Ecuador. (2018): „Consulta popular“ entscheidet Machtkampf, In *Lateinamerika anders* Nr. 1, Wien, Österreich. marie.lager@uartes.edu.ec

Panel 2:

Neo-Extraktivismus als verfestigtes Machtdispositiv in Lateinamerika und aktuelle Ansätze zu seiner Überwindung

René Kuppe

Der Beitrag setzt beim Status Quo an, der durch die (in den liberalen Staaten) extraktivistische und (in den sogenannten „progressiven“ Andenstaaten) neo-extraktivistische Situation vorherrscht.

Ergänzend zu eher politologisch ausgerichteten Ansätzen, welche vor allem die Relevanz oder auch faktische Sterilität von neuen Leitbegriffen wie „buen vivir“ oder Plurinationalität“ untersuchen, um „von oben“ implementierte Ansätze zur Überwindung von Machtdispositiven auszumachen, stellt dieser Beitrag auf die Relevanz von strategischer gerichtlicher Prozessführung ab. Strategische Prozessführung setzt dort an, wo es nicht nur um die konkrete Situation einzelner von einem Rechtsstreit betroffener Parteien geht, sondern wo die gesamte sozio-politische Situation ähnlich situierter Subjekte aufgebrochen und verbessert werden soll. Gerichtliche Entscheidungen sollen neben einer Änderung der juristischen Doktrin auch auf eine Handlungsänderung staatlicher Instanzen und Institutionen abzielen.

Zunächst wird eine Einführung in die onzuipierung und die Rolle von „Litigio estratégico“ geboten, so wie diese derzeit gehandhabt wird. In der Folge wird auf entsprechende Erfahrungen vor allem in Peru eingegangen. An Hand einiger jüngerer Fallentscheidungen wird einerseits gezeigt, wie sehr es sinnvoll ist, nicht von fix bestehenden staatlichen Dispositiven auszugehen, sondern insbesondere die staatliche Institutionalität als in sich widersprüchlich, „inkohärent“ und dynamisch zu verstehen. Schliesslich wird angerissen, wie weit eine „progressive“ juristische Doktrin auch unabhängig von einem „postkolonialen“ gesamtstaatlichen Diskurs Fortschritte zur Überwindung von real bestehenden Machtdispositiven bewirken kann.

René Kuppe, ao. Univ.-Professor für Rechtswissenschaften, Universität Wien; insbesondere beschäftigt er sich mit den Rechten indigener Völker und Grundsatzfragen der Rechtsanthropologie.
rene.kuppe@univie.ac.at

Der Entwicklungsapparat als Machtdispositiv in Ecuador – Aspekte aus dem Agrarsektor.

Tamara Artacker

Mit Beginn der „progressiven“ Regierung unter Rafael Correa in Ecuador wurde der Diskussion um Machtverhältnisse im Agrarsektor neue Aufmerksamkeit verliehen und die Forderungen nach einer stärkeren Ausrichtung auf agrarökologische Produktionsweisen, nach einer besonderen Förderung der kleinbäuerlichen ProduzentInnen und nach einem nachhaltigeren und harmonischeren Umgang mit der Natur bekamen mehr Gewicht. Diese Forderungen wurden im Rahmen von progressiven Leitkonzepten wie dem Buen Vivir und den Rechten der Natur direkt in die neue Verfassung von 2008 aufgenommen, wurden aber auch zu Leitlinien neuer Strategiepapiere wie dem Plan Nacional para el Buen Vivir sowie neuer Gesetze wie dem Ernährungssouveränitätsgesetz.

Sieht man sich die Strategien und die Praxis der letzten Regierungsperiode Correas (2013-2017) im Agrarsektor genauer an, fällt ein starkes Spannungsverhältnis auf zwischen der Rhetorik und den Plänen, die Ernährungssouveränität, kleinbäuerliche Produktion und Agrarökologie ins Zentrum stellen auf der einen Seite und den Maßnahmen, die direkt die Agrarindustrie sowie in- und ausländische Investitionen in große extraktivistische Landwirtschaftsprojekte fördern auf der anderen Seite. Gleichzeitig sind die fehlende Durchsetzung einer tiefgreifenden Landreform sowie der unbegrenzte Glaube an die Möglichkeiten der Technologie hervorstechend, KleinbäuerInnen und alternative Organisations- und Produktionsweisen werden in der Agrarpolitik weiterhin marginalisiert und ihre Forderungen oft delegitimiert.

Im Agrarsektor wird einerseits aufgrund von Phänomenen wie ländlicher Armut, Landflucht und Landverteilung, andererseits aufgrund der großen wirtschaftlichen Bedeutung des Sektors schnell der Bezug zu (ländlicher) „Entwicklung“ hergestellt. Aus einer Perspektive des Post-Development lässt sich daher der Frage nachgehen, welche Konzeptionen von „Entwicklung“ die Vorgehensweise der Regierung hier anleiten und somit die Praxis formen. Generell ist rund um die Vorstellung von „Entwicklung“ ein komplexer Apparat geschaffen worden, der über Narrative, Institutionen und Handlungen auf unterschiedlichen Ebenen auf die Realität einwirkt und sich somit materialisiert. Der Entwicklungsapparat baut auf einer spezifischen Form von „Wissen“ auf, die sich innerhalb der westlichen modernen Ontologie bewegt. Bei einer Berücksichtigung und Anerkennung der Pluralität der Ontologien, wie sie u.a. anhand des Buen Vivir offensichtlich wird, wird aber deutlich, dass „Entwicklung“ nicht die einzige Vision für die Zukunft ist und keine objektiv-neutrale, naturgegebene Skala zur Einordnung von Ländern, Sektoren und Bevölkerungsgruppen darstellt. Doch innerhalb des Entwicklungsapparates setzt sich die Kolonialität des Wissens durch. In deren Rahmen werden westlich modernes Wissen und eine Weltsicht, in der Fortschritt, Modernisierung, Konsum und Technologie Leitsterne sind, universalisiert und als die einzig gültige präsentiert. Diese ontologischen Grundannahmen finden sich auch in Argumentation und Ausrichtung der Regierung Correas im Agrarsektor. Dies führt zu dem Versuch aufzuzeigen, dass Charakteristika des Entwicklungsmodells unter Correa einer Logik folgen, die auf tieferliegenden Annahmen basiert, und sich dadurch Widersprüche zwischen den ursprünglich progressiven Forderungen und der politischen Praxis im landwirtschaftlichen Sektor in den Jahren an der Macht erklären lassen.

Tamara Artacker ist Absolventin des Studiums der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien und assoziierte Forscherin des Claes (Centro Latino Americano de Ecología Social) in Montevideo. Sie forscht zu ländlicher Entwicklung, Extraktivismus und Alternativen zu Entwicklung.

Querer ser algo más – Haushaltsarbeiterinnen in Peru

Sandra Schett

In Peru sind laut offiziellen Zahlen über 400.000 Haushaltsarbeiterinnen beschäftigt, mehr als die Hälfte davon in der Hauptstadt Lima und 95 Prozent davon Frauen. Sach- und personenbezogene Haushaltsarbeit als Erwerbstätigkeit stellt in Peru eine der zentralen Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt für Frauen dar, die sich in sowohl wirtschaftlich als auch sozial prekären Situationen befinden und einer indigenen oder anderen marginalisierten Bevölkerungsgruppe angehören.

Das Arbeitsfeld ist tief von Macht- und Herrschaftsmustern geprägt, die sich im Gefüge des Kolonialismus etablierten und bis in die Gegenwart fortwirken. Soziale Zuschreibungen und Symbolisierungen von Haushaltsarbeit beziehen sich hauptsächlich auf deren Wert und Wertigkeit sowie auf die naturalisierte Rollenzuweisung der Frau, die aus dem ländlichen, bildungsfernen Andenhoch- oder Amazonastiefland stammend, in kulturell anders imaginierten Haushalten der Küstenstädte tätig ist. Die auf diesen intersektional wirkenden Differenzkategorien „Arbeit“, „Geschlecht“, „Klasse“, „Ethnizität“, „Körper“, „Herkunft“, „Hautfarbe“, „Bildung“ und „Sprache“ beruhenden Konstruktionen sozialer Hierarchien machen Haushaltsarbeit zu einem stark feminisierten, ethnisierten und rassialisierten Arbeitsfeld.

Die gesellschaftlichen Ausschlussmechanismen manifestieren sich nicht nur in den individuellen Arbeitsbeziehungen durch spezifische Unterdrückungsstrategien zur Aufrechterhaltung des sozialen Statusunterschiedes, sondern schreibt sich auch auf struktureller Ebene in den diskriminierenden gesetzlichen Rahmenbedingungen, den hierarchisierten Bau- und Wohnstrukturen sowie in einer rassistischen Aufteilung des öffentlichen Raums fest.

Dennoch wird Haushaltsarbeit von den Haushaltsarbeiterinnen selbst als Instrument zur sozialen Mobilität und als Übergangsstadium zur Transformation des eigenen sozialen Status wahrgenommen und erfüllt zwei Funktionen gleichzeitig: Den Ausstieg aus den Erfahrungswelten und sozialen Zuschreibungen des Herkunftsortes sowie den unmittelbaren Einstieg in „fortschrittlichere“ Lebenswelten, für die der arbeitgebende Haushalt repräsentativ imaginiert wird. Demzufolge treten Haushaltsarbeiterinnen als aktiv Handelnde auf und gestalten ihr Arbeitsumfeld entlang ihrer persönlichen Ziele und Lebenssituationen wesentlich mit. Von dieser individuellen Ebene ausgehend, schaffen sie mit der Gründung zivilgesellschaftlicher und gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse auch auf politischer und gesellschaftlicher Ebene Räume zur Einforderung ihrer Arbeits- und Menschenrechte im nationalen und internationalen Kontext.

Die Anfänge der politischen Mobilisierung des Haushaltssektors in den 1960er Jahren waren hauptsächlich von christlichen Institutionen und der Befreiungstheologie geprägt. 1972 wurde die erste Gewerkschaft für Haushaltsarbeiterinnen von der Regionalregierung in Cusco anerkannt, weitere Gewerkschaftsgründungen auf Bezirksebene in Lima folgten. Doch aufgrund des bewaffneten Konflikts und der darauffolgenden staatlichen Repressionen, kam die politische Mobilisierung zwischen 1980 und 2000 zur Stagnation. Eine Zeit, in der die Haushaltsarbeiterinnen vermehrt auf die Gründung von zivilgesellschaftlichen Organisationen setzten, die zwar im prekären politischen Klima unter strenger staatlicher Beobachtung standen, aber als gewerkschaftsähnliche Verbände fungierten. Aufgrund der Kontinuität ihrer politischen Arbeit wurde im Jahr 2003 das erste progressive Gesetz zur Haushaltsarbeit verabschiedet, das trotz deutlicher Verbesserung der Rechtslage, weiterhin schwere Diskriminierungen aufweist. Das derzeitige Ziel der erst im Jahr 2006 anerkannten Nationalen Gewerkschaft für Haushaltsarbeiterinnen ist die Modifikation dieses Gesetzes durch die Einbringung eines Änderungsvorschlags sowie die Ratifizierung der ILO-Konvention 189, bei deren Ausarbeitung die führenden peruanischen Protagonistinnen in der Haushaltsarbeit mitarbeiteten.

Sandra Schett studierte Kultur- und Sozialanthropologie (2005) und Latin American Studies (2017) an der Universität Wien. Dazwischen war sie in der Entwicklungszusammenarbeit in Peru und Österreich tätig. Im Rahmen der Masterarbeit beschäftigte sie sich mit den Strategien der Haushaltsarbeiterinnen zur Erweiterung ihres Handlungsspielraums auf individueller, gesellschaftlicher und repräsentativer Ebene. Masterarbeit: *Querer ser algo más. Zwischen Diskriminierung und Handlungsmacht – Haushaltsarbeiterinnen in Lima, Peru.*

„El patriarcado palpable“ – Spannungen und Kohäsion zwischen Staat und feministischen Bewegungen in Bolivien

Marie Jasser

Seit dem Jahr 2006 regiert die Partei MAS - IPSP (Bewegung zum Sozialismus – Politisches Instrument für die Souveränität der Völker) in Bolivien und erhebt dabei explizit den Anspruch, eine progressive Regierung der sozialen Bewegungen zu sein. Dennoch kommt es vermehrt zu Widerstand aus den sozialen Bewegungen. Aufschluss darüber geben Konflikte mit Gruppen, die z.B. extraktivistische Industrien kritisch hinterfragen oder auf die Verletzung von indigenen Rechten hinweisen. Hier wird eine ambivalente Position der Regierung deutlich: sie proklamiert einerseits die sozialen Bewegungen Boliviens zu vertreten und übt gleichzeitig Repressionen gegen regierungskritische Strömungen aus. Ein weiteres Beispiel für das gespaltene Verhältnis der Regierung gegenüber sozialen Bewegungen sind feministische Strömungen die sowohl zunehmend Repressionen durch Polizei und Justiz, als auch Versuche der Kooptierung durch die Regierung erfahren.

Als „el patriarcado palpable“ beschreibt eine Aktivistin ihre Erfahrung mit dem Rechtssystem bei der Begleitung von Hinterbliebenen während eines Femizid Prozesses in La Paz. Zwar wurden seit 2009 Gesetze verabschiedet die langjährigen Forderungen feministischer Bewegungen entsprechen, beispielsweise zur Bekämpfung von Femiziden und Gewalt gegen Frauen (Ley Integral No. 348). Verschiedene Ausschlussmechanismen entlang von Geschlecht und Armut sind auf diesem Wege jedoch trotzdem kaum angreifbar, da deren Durchsetzung im Justizsystem verschleppt wird. Viele feministische Gruppen greifen deshalb auf die Selbstorganisation und vor allem Selbsthilfe beispielsweise bei der Aufklärung von Gewaltakten oder der Begleitung von illegalisierten Schwangerschaftsabbrüchen zurück und erkennen den Staat und seine Organe nicht oder nur bedingt als zuständige Entitäten an. Ein Bruch feministischer Bewegungen mit der Regierung kann für diese problematisch sein, haben doch feministische bzw. dezidiert von Frauen organisierte Bewegungen und Aktionsformen maßgeblich zum Erfolg der ausgetragenen sozialen Kämpfe in Bolivien beigetragen auf die sich die Regierung als Ausgangspunkt des proceso de cambio beruft.

Der Vortrag widmet sich dieser gespannten Lage zwischen Regierung und urbanen feministischen Bewegungen. Von besonderem Interesse sind hierbei die Fragen, ob es eine breitere Tendenz zu einem umfassenden Bruch feministischer Bewegungen mit der MAS Regierung gibt, welche Gruppierungen ihn warum (oder warum nicht) mittels welcher Strategien vollziehen und auf welche Art und Weise dies geschieht. Mithilfe der Sozialen Bewegungsforschung werden die beschriebenen Widersprüche und deren Auswirkungen auf die Bewegungen selbst eruiert, wobei dass das jeweilige Verhältnis feministischer Gruppen zum (postkolonialen) Staat auch das Verhältnis der Gruppen untereinander beeinflusst und strukturiert. Thematisiert werden soll außerdem der Versuch der Kooptierung feministischer Gruppen und Diskurse und die daraus erwachsende Schwierigkeit, weitere Veränderungen einzufordern.

Marie T. Jasser forscht zu sozialen Bewegungen in Bolivien. Sie studierte International and Cultural Business Studies in Passau und Santa Cruz de la Sierra. Derzeit ist sie Studentin der Politikwissenschaften und Internationalen Entwicklung an der Universität Wien.

marie.jasser@univie.ac.at